

OA-Update 2023/05 | Stand: 15. März

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das heutige Update fasst die Entwicklungen seit Ende Februar zusammen. Im Rahmen von Abstimmungsrunden mit EU-Kommission und der Bundesregierung berichteten Unternehmen zuletzt über neue Probleme/Unklarheiten, die mit dem zehnten EU-Sanktionspakets verbunden sind. Unklar ist beispielsweise, wie der Transitverkehr durch Russland von und nach Zentralasien in Zukunft organisiert wird, nachdem die EU-Kommission ein Transitverbot für Dual-use-Güter eingeführt hat. Die Ausweitung des EU-Exportverbots für Zulieferteile könnte Landmaschinen in Russland lahmlegen, die aufgrund der Bedeutung des Landes für die globale Ernährungssicherheit von Sanktionen ausgenommen bleiben sollten. Auch die Neu-Listung Russlands als Steueroase verunsichert Unternehmen. Daraus werden sich ab 2024 Veränderungen bei der Handelsbesteuerung und neue Berichtspflichten ergeben. Für Diskussionen sorgen Meldungen, nach denen angeblich Drittländer verstärkt zur Sanktionsumgehung genutzt werden. Dazu gibt es Überlegungen des Bundeswirtschaftsministeriums das Instrument der „Endverbleibserklärungen“ auszuweiten. „Eine pauschale Ausweitung dieses Instruments auf nichtsanktionierte Länder hätte große Nebenwirkungen für unsere Außenwirtschaft“, warnt DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier.

Sollten Sie im Alltag Probleme mit den EU-Sanktionspaketen bemerken oder Hinweise zum Thema „Sanktionsumgehung“ haben, melden Sie sich gerne beim Ost-Ausschuss. Wir bringen Ihre Kommentare in laufende Abstimmungen ein. Hier die Rubriken:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)



1. Ost-Ausschuss

Steiniger Weg heraus aus Russland

Die aktuelle Situation deutscher Unternehmen in Russland stand am 28. Februar erneut im Mittelpunkt der Ost-Ausschuss-Reihe „Business for Business“. Die Zahl von rund 80 Online-Teilnehmern dokumentierte einmal mehr das große Interesse der Unternehmen an einem Austausch über die Situation in Russland. Unternehmensvertreter aus unterschiedlichen Branchen berichteten über die Herausforderungen bei der Verkleinerung oder Abwicklung ihres Russland-Geschäfts. Die Firmen sehen sich dabei unter anderem mit blockierten Sachwerten und offenen Forderungen konfrontiert, deren rechtliche Durchsetzung in Russland kaum Erfolgsaussichten hat. Viele russische Kunden verlagern ihr Geschäft inzwischen in Nachbarländer, etwa nach Zentralasien. Deutsche Unternehmen reagieren darauf mit einem verstärkten „Compliance-Check“, der insbesondere eine Endverbleibserklärung beinhaltet, um Lieferungen sanktionierter Güter nach Russland auszuschließen.

Probleme gibt es auch in bewusst nicht sanktionierten Bereichen. So behindern fehlende Definitionen und Ausnahmeregelungen für medizinische und pharmazeutische Produkte die Ausfuhr wichtigen Zubehörs, zum Beispiel von Monitoren für Endoskopiegeräte. Die Tendenz der Unternehmen geht dabei zunehmend zum Rückzug aus Russland. Hierfür hat die russische Regierung allerdings hohe Hürden errichtet, insbesondere Verfügungsbeschränkungen für Anteils- und Immobilienverkauf und Dividendenausschüttungen. Zwar ist die Veräußerung von Unternehmensanteilen grundsätzlich möglich und durchführbar, allerdings mit einem erheblichen Abschlag und Zwangsabgaben verbunden, wie ein Rechtsexperte auch an einem konkreten Beispiel erläuterte. Fazit: Der Weg aus Russland heraus ist zeitraubend und steinig. Der Ost-Ausschuss steht deutschen Unternehmen dabei weiterhin unterstützend zur Seite.

Bei Interesse an den Präsentationen melden sie sich gerne im Ost-Ausschuss:

J.Boehlmann@oa-ev.de

„Update Recovery Ukraine“

Zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine hat der Ost-Ausschuss im Sommer 2021 einen Service Desk Ukraine eingerichtet. Dieser wird mit finanzieller Hilfe einer Reihe von Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses auch 2023 seine Arbeit fortsetzen. Die Koordination der Arbeit läuft über Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de

Der Service Desk bereitet regelmäßig alle Entwicklungen rund um den Wiederaufbau in der Ukraine und Beteiligungsmöglichkeiten deutscher Unternehmen zu einem Update auf. Das Update kann beim Service Desk kostenlos abonniert werden. Das am 9. Februar erschienene Update finden Sie hier:

[OA-Update Recovery Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Arbeit des Service Desk finden Sie hier gebündelte Informationen:

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

DIHK warnt vor Alleingang bei Kontrolle der Russland-Sanktionen

Um die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Russland zu stärken, möchte das Bundeswirtschaftsministerium die Exportregeln für Staaten verschärfen, die nach wie vor Handel mit der Föderation treiben. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sagte dazu Ende Februar in Berlin: „Es gibt deutliche Umgehungen der Sanktionen, und es gibt auch deutliche Umgehungen aus Deutschland heraus.“ In einem Papier des Wirtschaftsministeriums, das dem Ost-Ausschuss vorliegt, heißt es, Außenhandelsdaten deuteten darauf hin, dass EU-sanktionierte Güter „in erheblichem Maß“ aus der EU und damit auch aus Deutschland in bestimmte Drittländer ausgeführt und von dort nach Russland weiter exportiert werden. Habeck schlägt ein Maßnahmenpaket vor, um dies zu unterbinden. Dies solle im Fokus eines elften EU-Sanktionspakets gegen Russland stehen.

Die DIHK, einer der Trägerverbände des Ost-Ausschusses, befürchtet im Falle einer Umsetzung der angekündigten neuen Maßnahmen, erhebliche Nebenwirkungen.

„Das deutsche Russlandgeschäft ist infolge der Sanktionen deutlich eingebrochen“, berichtete DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier auf Medienanfrage. Hätten deutsche Unternehmen 2021 noch Waren im Wert von 26,6 Milliarden Euro nach Russland exportiert, seien es 2022 nur noch 14,6 Milliarden Euro gewesen – nahezu eine Halbierung.

„Prozentual auffällige Exportanstiege in einzelne Länder, die traditionell eine enge Beziehung zu Russland pflegen, können in absoluten Zahlen gesehen diesen Rückgang bei Weitem nicht ausgleichen“, stellte der DIHK-Außenwirtschaftschef klar. Die aktuell diskutierte „Endverbleibserklärung“ sei nur auf den ersten Blick und bei gezielter Anwendung geeignet, die Sanktionseinhaltung zu verbessern, gab er zu bedenken. „Eine pauschale Ausweitung dieses Instruments auf nichtsanktionierte Länder hätte große Nebenwirkungen für unsere Außenwirtschaft“, warnte er. „Für viele deutsche Exporteure würde die Endverbleibserklärung eine neue Flut an zusätzlichem bürokratischem Aufwand bedeuten.“ Wenn die Betriebe bei ihren internationalen Kunden entsprechende Dokumente einholen müssten, könne dies schnell "zu einem Schneeballeffekt führen". Treier: "Das kann nicht der richtige Weg sein."

Der DIHK-Außenwirtschaftschef führte ein weiteres wichtiges Argument an: „Ein deutscher Alleingang für eine solche Ausfuhrerfordernis würde eine deutliche Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Exportwirtschaft darstellen. Mindestens wäre eine europäische Ausgestaltung wichtig.“

Zudem könne sich die angedachte „Jedermannspflicht“ zur Meldung von sanktionsrelevanten Informationen nach Treiers Einschätzung "als äußerst problematisch" erweisen. "Noch offen ist, ob diese Pflicht dann nur bei Kenntnis oder auch schon bei bloßen Verdachtsfällen ansetzt und ob sie bei Nichteinhaltung mit Strafe belegt würde.“ Darüber hinaus gelte es zu berücksichtigen, dass ein großer Teil der Warenlieferungen deutscher Unternehmen aus sogenannten Vorprodukten wie

beispielsweise Chemikalien oder Maschinenteilen bestehe: „Diese werden in dem jeweiligen Zielland weiterverarbeitet, um danach in andere Länder geliefert zu werden. Das ist unverzichtbarer Teil unserer internationalen Lieferketten und Grundbedingung unseres außenwirtschaftlichen Erfolges. Dieser steht zur Disposition, wenn Exporte nunmehr pauschal zusätzlich belastet werden sollten.“

Und nicht zuletzt, so Treier, drohe „Over-Compliance, also eine Übervorsicht bei Unternehmen, sodass diese einen Teil ihres eigentlich zulässigen Geschäftes einstellen könnten“.

[DIHK warnt vor Alleingang bei Kontrolle der Russland-Sanktionen](#)

Studie von EBRD und Silverado zu Sanktionsumgehungen

Die European Bank für Reconstruction and Recovery (EBRD) hat die Handelsströme zwischen Russland und seinen Nachbarn nach der Einführung von Sanktionen analysiert.

Demnach kann der Zwischenhandel über eine Reihe von Nachbarländern Russlands zur Umgehung von Wirtschaftssanktionen genutzt werden. Dies geschieht allerdings nur in begrenztem Umfang, wie aus dem EBRD-Arbeitspapier The Eurasian roundabout hervorgeht. Das Papier dokumentiert den dramatischen Rückgang der Exporte aus der EU, dem Vereinigten Königreich und den USA nach Russland nach der Einführung von Wirtschaftssanktionen im März 2022 im Anschluss an Russlands Invasion in der Ukraine.

Gleichzeitig wird der Anstieg der Ausfuhren nach Armenien, Kasachstan und der Kirgisischen Republik (CCA3 - alle Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion) festgestellt. Die Studie dokumentiert auch die Zunahme der Handelsströme zwischen den CCA3-Staaten und Russland.

Die EBRD-Analyse basiert auf bilateralen monatlichen Exportdaten, die den Zeitraum von Januar 2017 bis August 2022 abdecken und von UN Comtrade, der weltweit umfassendsten Plattform für globale Handelsdaten, bereitgestellt werden. Sie verwendet Daten auf Produktebene, die nach den sechsstelligen Codes des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren klassifiziert sind - einer internationalen Nomenklatur für die Klassifizierung von Produkten. Sie vergleicht die bilateralen Handelsmuster mit den CCA3-Ländern sowie mit dem Rest der Welt, wobei sowohl explizit sanktionierte Waren als auch Waren, die den sanktionierten Waren ähnlich sind, berücksichtigt werden und der Handel vor und nach der Einführung der Sanktionen betrachtet wird.

„Der Krieg hat zu erheblichen Veränderungen in den regionalen Handelsstrukturen geführt. Die Direktexporte aus den westlichen Demokratien nach Russland sind drastisch zurückgegangen. Es entstand ein Zwischenhandel - ein Anstieg der westlichen Exporte in die Länder Zentralasiens und des Kaukasus bei gleichzeitigem Anstieg der Exporte aus diesen Ländern nach Russland.“

„Dieser Zwischenhandel macht jedoch nur einen Bruchteil dessen aus, was zuvor direkt nach Russland exportiert wurde. Diese Situation schuf eine Öffnung für andere Lieferanten wie die Türkei und China, die beide ihre Verkäufe nach Russland erheblich gesteigert haben“, erklärte Beata Javorcik, die Chefvolkswirtin der EBWE und eine der Autorinnen des neuen Papiers.

In dem Papier wird argumentiert, dass die Handelsströme, die mit einer Umleitung des Handels nach Russland einhergehen, bei Produktgruppen, die zumindest teilweise von Sanktionen betroffen sind, und bei Waren, die den sanktionierten Waren ähneln, stärker ausgeprägt sind.

Gleichzeitig wird festgestellt, dass der Anstieg der Ausfuhren sanktionierter Waren in die CCA3-Länder nur einen kleinen Teil des Rückgangs der direkten Ausfuhren sanktionierter Waren nach Russland ausmacht (etwa 5 Prozent), für bestimmte Produktgruppen jedoch sehr groß sein kann.

Die im EBWE-Papier zusammengefassten Handelsmuster stützen sich auf die offiziellen Exportdaten, beinhalten jedoch keine illegalen Aktivitäten wie den Schmuggel von sanktionierten oder nicht sanktionierten Waren.

[The Eurasian roundabout: Trade flows into Russia through the Caucasus and Central Asia \(ebrd.com\)](https://www.ebrd.com/en/insights/analysis/the-eurasian-roundabout-trade-flows-into-russia-through-the-caucasus-and-central-asia)

Ähnliche Ergebnisse wie die EBRD-Studie hat auch der amerikanische Think Tank Silverado ermittelt. Nach dessen Erkenntnissen umgeht Russland das Embargo auf die militärisch besonders wichtigen Computerchips vor allem über China und Hongkong. Silverado empfiehlt unter andere, eine zwischenstaatliche Gesellschaft zur Durchsetzung von Sanktionen einzurichten und sich insbesondere auf die Durchsetzung des Embargos auf Computerchips zu konzentrieren.

[Silverado Policy Accelerator: Russia Shifting Import Sources Amid U.S. and Allied Export Restrictions](https://www.silverado.com/policy-accelerator-russia-shifting-import-sources-amid-u.s.-and-allied-export-restrictions)

Listung Russlands als Steueroase führt zu erhöhten Steuern und Mitwirkungspflichten

Wie im vergangenen Update bereits berichtet wurde Russland am 14. Februar auf die EU-Blacklist zu Steueroasen aufgenommen. Die neue EU-Blacklist wird zu einer Anpassung der deutschen Rechtsverordnung zum Steueroasen-Abwehrgesetz (StAbwG) führen. Eine entsprechende Änderung der deutschen Rechtsverordnung wird wohl bis Herbst vorliegen. Für Jurisdiktionen, die in der EU-Blacklist benannt werden, gelten nach nationalem Steueroasen-Abwehrgesetz u. a. Verschärfungen bei der Hinzurechnungsbesteuerung, eine Ausdehnung der Quellensteuererhebung auf weitere Einkünfte, Einschränkungen bei der Anwendung von DBA-Regelungen sowie gesteigerte Mitwirkungspflichten. Die neu aufgeführten Staaten wie Russland sind davon voraussichtlich ab 1. Januar 2024 betroffen, sofern die Steueroasen-Abwehrverordnung bis Jahresende entsprechend an die neue EU-Blacklist angepasst wird. In den Folgejahren

würden weitere Verschärfungen bei der Dividendenbesteuerung und beim Betriebsausgabenabzug hinzukommen. Die EU-Blacklist hat darüber hinaus Auswirkungen auf die Meldepflichten bei grenzüberschreitenden Steuergestaltungen.

[Steuern: Britische Jungferninseln, Costa Rica, Marshallinseln und Russland in die EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke aufgenommen - Consilium \(europa.eu\)](#)

Gericht weist Rosneft-Klage gegen Treuhandverwaltung ab

Die Treuhandverwaltung der deutschen Töchter des staatlichen russischen Ölkonzerns Rosneft wird um sechs Monate verlängert. Dies erklärte laut Dow Jones das Bundeswirtschaftsministerium, nachdem das Bundesverwaltungsgericht zuvor die Klage des Rosneft-Konzerns gegen die Anordnung der Treuhandverwaltung abgewiesen hatte.

Die aktuelle Treuhandverwaltung, die im September 2022 vom Wirtschaftsministerium mit Verweis auf Risiken für die Versorgungssicherheit in Deutschland begründet wurde, wäre heute ausgelaufen. Die Entscheidung über eine sechsmonatige Verlängerung wird laut Wirtschaftsministerium im Bundesanzeiger veröffentlicht und mit der Veröffentlichung wirksam.

„Das ist eine gute Nachricht für die Versorgungssicherheit und die Zukunft der PCK Schwedt“, sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mit Verweis auf die Raffinerie im ostdeutschen Schwedt. „Die Versorgungssicherheit ist oberste Priorität und daher handlungsleitend. Sie sicherzustellen war und ist Zweck der Treuhandverwaltung.“ Die deutschen Rosneft-Tochterunternehmen RDG und RNRM sind seit der Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur unterstellt. Diese hat damit die Kontrolle über Rosneft Deutschland und damit auch über den jeweiligen Anteil in den drei Raffinerien PCK Schwedt, MiRo (Karlsruhe) und Bayernoil (Vohburg) erhalten.

Erdölimporte aus Russland im Januar 2023 auf 3.500 Tonnen gesunken

Nach dem Inkrafttreten der zweiten Stufe des Ölembargos sind im Januar 2023 nur noch Restmengen von bereits vor dem Jahreswechsel aus Russland in die Europäische Union (EU) importiertem Erdöl nach Deutschland eingeführt worden. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, wurden im Januar 2023 noch 3 500 Tonnen russisches Erdöl nach Deutschland importiert. Im Januar 2022 hatte die Einfuhrmenge noch bei 2,8 Millionen Tonnen gelegen. Die Erdölimporte aus Russland kamen damit praktisch zum Erliegen, rechnerisch gingen sie um 99,9 Prozent zurück. Der Anteil Russlands an den gesamten Erdölimporten Deutschlands sank von 36,5 Prozent im Januar 2022 auf 0,1 Prozent im Januar 2023. Insgesamt wurden 6,2 Millionen Tonnen Erdöl im Wert von 3,8 Milliarden Euro im Januar 2023 nach Deutschland importiert. Das waren mengenmäßig 20,5 Prozent und wertmäßig 9,6 Prozent weniger als im Vorjahresmonat.

Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern äußerte sich nicht dazu und verwies auf den GBA.

Henkel bestätigt geplanten Verkauf in Russland

Henkel hat laut einer Meldung von DowJones bekräftigt, dass das Russland-Geschäft bis Ende März verkauft sein soll. Laut einer Investorenpräsentation berücksichtigt die Prognose für das laufende Jahr bei Umsatz und Gewinn bereits Effekte aus dem Verkauf. CEO Carsten Knobel hatte in einem Interview im Februar den Zeitpunkt Ende März genannt und gesagt, man sei in finalen Gesprächen, ein Konsortium aus russischen Investoren werde wohl den Zuschlag bekommen. Je nach Verkaufspreis könnten weitere Wertberichtigungen nötig werden. 200 Millionen Euro hat Henkel auf sein Russlandgeschäft bereits abgeschrieben. In den Büchern bewertet Henkel die Russlandaktivitäten laut Knobel noch mit rund 500 Millionen Euro. Es geht um elf Werke und 2.500 Beschäftigte, mit einer Milliarde Euro Umsatz rund fünf Prozent des Konzernjahresumsatzes.

Abschied von Continental

Der deutsche Autozulieferer Continental will Russland verlassen, die melden russische Zeitungen. Bei der Vorstellung der Jahreszahlen sagte demnach der Vorstandsvorsitzende Nikolai Setzer, dass sein Konzern „weiterhin einen kontrollierten Rückzug aus dem russischen Markt“ anstrebe. Die russische Reifenfabrik der Deutschen in Kaluga hatte im vergangenen März die Produktion eingestellt und später wieder aufgenommen. Im Juli teilte Continental mit, verschiedenen Optionen für sein Geschäft in Russland zu prüfen, zu denen auch ein vollständiger Rückzug gehöre.

[Производитель шин Continental объявил об уходе из России — РБК \(rbc.ru\)](#)

Volkswagen prüft Verkauf des Werks in Russland

Volkswagen führt Gespräche über einen Verkauf seines Werks im russischen Kaluga. Ein Konzernsprecher erklärte laut manager magazin am 1. März auf Anfrage, man ziehe verschiedene Szenarien für die Zukunft des Geschäftsbetriebs in Russland in Betracht. „Eine der Optionen ist der Verkauf der Vermögenswerte der Volkswagen Group Rus und damit auch des Werks in Kaluga an eine dritte Partei“, sagte er. "Die Gespräche dazu laufen, eine Entscheidung ist noch nicht final getroffen."

Zuvor hatte das russische Medium RBK ohne eine Bestätigung der beiden Unternehmen berichtet, die russische Autohandelsgruppe Avilon wolle das Werk in Kaluga kaufen. Das Geschäft stehe kurz vor dem Abschluss.

VW hatte vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs die Produktion in den damals zwei Fabriken in Russland im März 2022 eingestellt. Auch der Export von Fahrzeugen nach Russland wurde für alle Konzernmarken gestoppt. Im Mai zog sich der Konzern dann aus der Produktion im russischen Montagewerk Nischni Nowgorod zurück. Dort lief eine gemeinsame Fertigung mit dem Autobauer Gaz, dessen Miteigentümer Oleg Deripaska im Zusammenhang mit dem Krieg auf Sanktionslisten steht.

[Volkswagen prüft Verkauf des Werks in Russland - manager magazin \(manager-magazin.de\)](#)

VW erschwert Grauiimporte

Der deutsche Autobauer Volkswagen führt in China eine schwarze Liste von Händlern, die Neuwagen aus der Volksrepublik in andere Länder, insbesondere nach Russland exportieren. Das berichtet die Wirtschaftszeitung Handelsblatt. Russische Grauiimporte von in China produzierten Fahrzeugen seien daher „nur schwer möglich“, schreibt das Blatt unter Berufung auf die Chinatochter von Volkswagen. Allerdings könnten VW-Neuwagen über „etablierte Handelsrouten“ für Gebrauchtfahrzeuge nach Russland gelangen, hieß es aus Kreisen der deutschen Konzernzentrale. Das Unternehmen hat seinen Vertrieb in Russland vor rund einem Jahr gestoppt. Russland legalisierte später Grauiimporte der Konzernmarken als sogenannte Parallelimporte. Im russischen Nachbarland China produzierte Volkswagen in Partnerschaften mit lokalen Herstellern 2022 mehr als drei Millionen Fahrzeuge. Es gebe keine Hinweise darauf, dass derzeit viele von ihnen nach Russland gelangen, so VW-Insider. Zur Zukunft des konzerneigenen Werks in Kaluga gibt es dem Bericht zufolge noch keine Entscheidung

3. Europäische Union

Klage gegen Beratungsverbot

Am 23. Dezember 2022 reichte das Avocats Ensemble (ACE), das die französischen Wirtschaftsanwälte vertritt, einen Antrag auf Nichtigerklärung des EU-Verbots der Erbringung von Rechtsberatungsleistungen für die russische Regierung oder für in Russland ansässige Personen, Organisationen oder Einrichtungen ein. Dies berichtet Europeansanctions.com. Das Verbot wurde mit dem 8. Paket von Russland-Sanktionen der EU eingeführt.

Der ACE beantragt die Nichtigerklärung von Artikel 1 Absatz 12 der Verordnung (EU) 2022/1904 zur Änderung von Artikel 5n Absätze 1, 2 und 5 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014. Sie argumentiert:

- Artikel 5n verletze das unionsrechtliche Recht von Rechtsanwälten, Rechtsberatungsdienstleistungen ohne besondere Beschränkungen zu erbringen;
- Artikel 5n verstoße gegen Artikel 47 der Charta der Grundrechte und gegen Artikel 6 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention; und
- Artikel 5n verstößt gegen Artikel 52 Absatz 1 der Charta der Grundrechte.

[CURIA - Dokumente \(europa.eu\)](#)

Auch Gasunie schreibt Nord Stream 1 ab

Alle vier westlichen Investoren haben ihre Beteiligung an der Ostseepipeline Nord Stream 1 abgeschrieben. Als letzter meldete gestern das niederländische Energieunternehmen Gasunie die vollständige Abschreibung seiner Beteiligung in Höhe von 9 Prozent, deren Wert einst 508 Mio. Euro betragen habe. Das Unternehmen begründete den Schritt damit, dass es „in absehbarer Zeit keine Wiederaufnahme der Gaslieferungen“ durch die Pipeline erwarte, die im vergangenen September durch Anschläge schwer beschädigt wurde. Weitere europäische Anteilseigner sind die deutschen Energiekonzerne Wintershall und E.ON (je 15,5 Prozent) und Engie aus Frankreich (9 Prozent). Die restlichen 51 Prozent hält der russische Staatskonzern Gazprom, der seine Beteiligung als einziger der ehemaligen Partner noch nicht wertberichtigt hat.

Sprengstoffanschläge haben Ende September drei von vier Strängen der Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 zerstört. Am Dienstag berichtete ein deutsches Recherchekollektiv, eine pro-ukrainische Gruppe könnte für die Angriffe verantwortlich sein. Ermittler hätten ein Boot identifiziert, das mutmaßlich für die Geheimoperation verwendet wurde.

[Dutch gas grid operator Gasunie says it has written off Nord Stream 1 stake | Reuters](#)

Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen

Die EU hat neun Personen und drei Einrichtungen, die in sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt verwickelt sein sollen, auf ihre Sanktionsliste für Menschenrechtsverletzungen gesetzt. Darunter sind auch Mitglieder der russischen Streitkräfte und der Moskauer Polizei, die Übergriffe im Rahmen von Demonstrationen begangen haben sollen. Betroffen sind:

Russische Staatsangehörige:

Oberstleutnant Alexander Georgiewitsch Fedorinow (Kommandeur der Moskauer Polizei); Iwan Rjabow (Polizeibeamter der Moskauer Polizei); Generalmajor Nikolaj Anatoljewitsch Kusnezow (Mitglied der russischen Streitkräfte und Kommandeur der Spezialeinheit der Dserschinski-Division in Rosgwardia); und Oberst Ramil Rachmakulowitsch Ibatullin (Mitglied der russischen Streitkräfte und ehemaliger Kommandeur der 90;)

Afghanische Staatsangehörige:

Neda Mohammed Nadeem (amtierender Taliban-Minister für Hochschulbildung) und Sheikh Muhammad Khalid Hanafi (amtierender Taliban-Minister für die Verbreitung von Tugend und die Verhinderung von Lastern);

Südsudanesische Staatsangehörige:

Gatluak Nyang Hoth (Bezirkskommissar für den Bezirk Mayiandit) und Gordon Koang Biel (Bezirkskommissar für den Bezirk Koch);

Der birmanische Staatsangehörige Generalmajor Toe Ui (stellvertretender Innenminister) und das myanmarische Büro des Chefs für militärische Sicherheitsangelegenheiten (OCMSA);

Qarchak-Gefängnis (Iran);

Syrische Republikanische Garde.

[Violence against women and girls: EU sanctions nine individuals and three entities under its Global Human Rights Sanctions Regime - Consilium \(europa.eu\)](#)

[EUR-Lex - 32023R0500 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

[EUR-Lex - 32023D0501 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Neue FAQ betont Sanktions-Ausnahmen bei Agrargütern

Die Europäische Kommission hat ihre FAQs zu den Russland-Sanktionen gegen staatliche Unternehmen ergänzt. Die neue FAQ 13 lautet:

Verbietet Artikel 5aa Transaktionen mit dem russischen Seeschiffregister für den Transport von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln?

Nein. Das Transaktionsverbot enthält eine Ausnahmeregelung für Transaktionen, die für den Kauf, die Einfuhr oder den Transport von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln, einschließlich Weizen und Düngemitteln, deren Einfuhr, Kauf und Transport gemäß der Verordnung (EU) 833/2014 des Rates erlaubt ist, erforderlich sind.

Dementsprechend können EU-Wirtschaftsbeteiligte wie EU-Versicherungsanbieter im Rahmen dieser Ausnahmeregelung direkt oder indirekt Dienstleistungen für RMRS erbringen, wenn diese für den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung solcher Erzeugnisse erforderlich sind, ohne eine Genehmigung bei einem Mitgliedstaat beantragen zu müssen.

Die EU-Sanktionen gelten nicht extraterritorial, daher verbietet Artikel 5aa nicht, dass Wirtschaftsbeteiligte, die nicht unter der Gerichtsbarkeit eines EU-Mitgliedstaats niedergelassen sind, einschließlich Nicht-EU-Schiffen, mit RMRS außerhalb der EU Geschäfte für den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung der genannten Produkte tätigen.

[8-March-2023-EU-Commission-FAQs-State-owned-enterprises-compressed.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

Handel zwischen EU und Russland eingebrochen

Der Handel zwischen den EU-Staaten und Russland ist infolge des Kriegs in der Ukraine drastisch eingebrochen, berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Angesichts der von der EU verhängten Sanktionen sank der Anteil Russlands an allen Einfuhren in die Europäische Union im Zeitraum von Februar bis Dezember 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 9,5 Prozent auf 4,3 Prozent, wie das Statistikamt Eurostat in Luxemburg mitteilte. Bei den Exporten aus der EU ging der Anteil Russlands demnach von 4,0 Prozent auf 2,0 Prozent zurück. In Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine hatte die EU im vergangenen Jahr weitreichende Ein- und Ausfuhrbeschränkungen beschlossen.

Nach einem Höchststand von 18,2 Milliarden Euro im März vergangenen Jahres ging das Handelsdefizit der EU mit Russland der Behörde zufolge bis Jahresende schrittweise auf 6,0 Milliarden Euro zurück. Der Wert der Importe aus Russland sank von März (21,8 Mrd) bis Dezember (10,3 Mrd) um mehr als die Hälfte (53 Prozent). Im Laufe des vergangenen Jahres wurde Russland nach und nach durch andere Handelspartner ersetzt. Starke Rückgänge an russischen Importen sind den Angaben nach vor allem bei Kohle, Erdgas, Düngemitteln, Erdöl sowie Eisen und Stahl zu verzeichnen.

Zur Handelsentwicklung siehe auch:

[Außenhandelsdaten spiegeln Russlands Abkopplung vom Westen wider | Wirtschaftsumfeld | Russland | Außenhandel \(gtai.de\)](#)

EU verlängert Personensanktionen um weitere sechs Monate

Der Rat beschließt, die restriktiven Maßnahmen gegen diejenigen, die für die Untergrabung oder Bedrohung der territorialen Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine verantwortlich sind, um weitere sechs Monate, d.h. bis zum 15. September 2023 zu verlängern.

Die geltenden restriktiven Maßnahmen umfassen Reisebeschränkungen für natürliche Personen, das Einfrieren von Vermögenswerten und ein Verbot der Bereitstellung von Geldern oder anderen wirtschaftlichen Ressourcen an die in der Sanktionsliste aufgeführten Personen und Organisationen. Die Sanktionen gelten nach wie vor für 1 473 Personen und 205 Organisationen.

- [Territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine: EU verlängert individuelle restriktive Maßnahmen um sechs Monate \(Pressemitteilung, 13. März 2023\)](#)

EU belegt Russlands Vize-Industrieminister mit Sanktionen

Mit ihrem 10. Sanktionspaket vom 25. Februar 2023 fügte die Europäische Union (EU) 87 weitere natürliche Personen aus Russland der Sanktionsliste hinzu (siehe letzten Update). Die GTAI hat sich die Liste genauer angesehen. Unter den neu gelisteten Personen befinden sich demnach Regierungsbeamte und stellvertretende Minister, darunter alle zehn Vizeminister für Industrie und Handel (MinPromTorg). Betroffen ist auch Wassili Osmakow. Er war viele Jahre lang im Industrieministerium zuständig für die Belange deutscher Unternehmen und unter anderem an den Verhandlungen zu Sonderinvestitionsverträgen (SPIK) beteiligt.

In ihrer Begründung führt die EU an, dass das Ministerium für Industrie und Handel als föderales Exekutivorgan für die Entwicklung der staatlichen Politik und der Rechtsvorschriften – unter anderem im Bereich des militärisch-industriellen Komplexes, der Raumfahrt und der Entwicklung der Luftfahrttechnologie – zuständig ist. Das Ministerium überwacht die russische Rüstungs- und Verteidigungsindustrie und hat damit eine entscheidende Funktion bei der Beschaffung militärischer Ausrüstung, die für den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verwendet wird.

[EU belegt Russlands Vize-Industrieminister mit Sanktionen | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Türkei verhindert angeblich jetzt Parallelimporte nach Russland

Türkische Zollbeamte haben plötzlich aufgehört, die Durchfuhr von sanktionierten Waren nach Russland durch türkisches Territorium zu erlauben. Dies berichtete der russische Radiosender Kommersant FM am 9.3. unter Berufung auf russische Logistikunternehmen.

Die Türkei ist eine wichtige Drehscheibe für Russlands Bemühungen, die Sanktionen zu umgehen, seit Präsident Wladimir Putin im Juni die „Parallelimport“-Regelung des Landes in Kraft gesetzt hat. Die Parallelimportregelung ermöglicht die weitere Lieferung sanktionierter Waren nach Russland, die ursprünglich für ausländische Märkte bestimmt waren, ohne die Zustimmung der Markeninhaber und befreit solche Importe von den Einfuhrzöllen.

Im August meldete das NATO-Mitglied Türkei, dass der Wert seiner Ausfuhren nach Russland in einem Monat 738 Millionen Dollar überschritten und damit einen neuen Rekord aufgestellt habe. „Wir erwarten keine offiziellen Anordnungen oder Dekrete, denn dann müsste die Türkei zugeben, dass sie im vergangenen Jahr an der Erleichterung [illegaler] Lieferungen sanktionierter Waren nach Russland beteiligt war“, sagte Valeriya Savenkova, kaufmännische Direktorin von Transasia Logistics, laut Kommersant FM. „Das türkische System zur Abwicklung von Transit- und Exportsendungen nach Russland funktioniert bis heute nicht“, fügte Sawenkowa hinzu.

Der Geschäftsführer des Transportlogistikunternehmens Optimalog, Georgiy Vlastopulo, sagte dem Radiosender, dass bereits gebuchte Transporte von der Türkei nach Russland seit Mittwoch nicht mehr durchgeführt werden. „Seit gestern Abend erhalten wir Meldungen, dass der türkische Zoll die Abfertigung von Transitgütern nicht-türkischer Herkunft verhindert“, zitiert Kommersant FM Vlastopulo. Die Quelle von Kommersant FM nannte den Druck von US-Beamten als wahrscheinlichen Grund für den plötzlichen Politikwechsel der Türkei.

REPO-Task Force zur Sanktionsdurchsetzung legt Bilanz vor

Kurz nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 haben Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und die Europäische Kommission die Task Force „Russische Eliten, Stellvertreter und Oligarchen“ (REPO) ins Leben gerufen, eine multilaterale Initiative, die durch Informationsaustausch und Koordinierung dazu beigetragen hat, sanktionierte russische Personen und Organisationen zu isolieren und Druck auf sie auszuüben. Die REPO-Task Force, an der die Finanzministerien und die Justiz- oder Innenministerien der einzelnen Mitgliedsländer beteiligt sind, hat daran gearbeitet, sanktionierte russischen Vermögenswerten aufzuspüren und den Zugang der sanktionierten Personen und Einrichtungen zum internationalen Finanzsystem zu beschränken. Die REPO Task Force arbeitete eng mit der Task Force der Europäischen Kommission „Freeze and Seize“ zusammen. Dem Bericht zufolge haben die Mitglieder der Task Force:

- Vermögenswerte sanktionierter Russen im Wert von mehr als 58 Milliarden Dollar blockiert oder eingefroren;

- die Vermögenswerte der russischen Zentralbank und des russischen Nationalen Vermögensfonds blockiert;
- Luxusimmobilien und andere Luxusgüter beschlagnahmt oder eingefroren, die sanktionierten Russen gehören, von ihnen gehalten oder kontrolliert werden;
- Beschlagnahme, Einfrieren oder Festhalten von Yachten und anderen Schiffen, die sanktionierten Russen gehören, von ihnen gehalten oder kontrolliert werden, und Durchführung von Maßnahmen zur Ermittlung von Vermögenswerten, um Yachten, Flugzeuge und anderes Eigentum zu identifizieren, zu lokalisieren, einzufrieren und zu beschlagnahmen;
- 6 multilaterale Treffen einberufen, Informationen ausgetauscht und kollektive Maßnahmen ergriffen, um den Zugang sanktionierter Russen zum globalen Finanzsystem zu beschränken;
- Untersuchung und Bekämpfung der russischen Sanktionsumgehung, einschließlich der Versuche, Vermögenswerte zu verstecken oder zu verschleiern, illegale Kryptowährungen und Geldwäschesysteme, illegale russische Beschaffung von Verteidigungsgütern und die Nutzung von Finanzvermittlern durch sanktionierte Russen;
- Leitung und Koordinierung der Bemühungen zur Durchsetzung von Sanktionen mit internationalen Partnern und Gegenspielern, wie der Freeze and Seize Task Force der Europäischen Kommission;
- Aktualisierung, Erweiterung und Umsetzung der jeweiligen rechtlichen Rahmenbedingungen der REPO-Mitglieder, die das Einfrieren, die Beschlagnahme, den Verfall und/oder die Veräußerung von Vermögenswerten ermöglichen;
- die erste Beschlagnahme von Vermögenswerten eines sanktionierten Russen durchgeführt und damit den Weg für die Überweisung von 5,4 Millionen Dollar als Auslandshilfe an die Ukraine geebnet.

Die kollektiven Bemühungen der REPO-Task Force haben nach ihren eigenen Angaben zum Einfrieren von Dutzenden von Milliarden Dollar und zum Einfrieren oder Beschlagnahme von hochwertigen Gütern und Eigentum geführt. Allerdings sei es einigen sanktionierten russischen Eliten und ihren Finanznetzwerken gelungen, die Sanktionen zu umgehen und in einigen Fällen Zugang zu Geldern zu behalten. Die Task Force REPO) empfiehlt daher in einer gemeinsamen Erklärung weitere Maßnahmen, um die Umgehung russischer Sanktionen zu verhindern. Es wird unter anderem empfohlen, dass beaufsichtigte Unternehmen:

- die Einhaltung der nationalen Vorschriften unter Berücksichtigung der FATF-Empfehlungen sicherstellen;
- sicherstellen, dass Compliance-Programme die einschlägigen Gesetze und Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umsetzen und regelmäßig überprüfen;
- sich an bestehenden öffentlich-privaten Partnerschaften beteiligen;
- die Protokolle für den Informationsaustausch nutzen und ihre Risikobewertungen aktualisieren.

[Joint Statement from the REPO Task Force | U.S. Department of the Treasury
Global Advisory on Russian Sanction Evasion \(treasury.gov\)](#)

Russland umgeht offenbar Ölpreisdeckel

Anfang Dezember deckelt der Westen den Preis für russisches Rohöl. Inzwischen gilt auch eine Preisobergrenze für Ölprodukte wie Diesel. Dennoch verdienen russische Unternehmen im Schnitt deutlich mehr, wie eine Studie zeigt, über die n-tv berichtet. Experten empfehlen deshalb, den Preisdeckel weiter zu senken.

Anders als in der EU, wo der Import gänzlich verboten ist, gilt in den anderen Staaten, wo es nicht möglich ist, völlig auf russisches Öl zu verzichten, eine Preisobergrenze von maximal 60 Dollar je Barrel. Unternehmen und Händler können eine Vielzahl westlicher Dienstleistungen für russische Ölexporte - insbesondere die branchenüblichen Versicherungen - nur noch in Anspruch nehmen, wenn sie für das Öl auch wirklich nicht mehr bezahlt haben. Nur wenn das der Fall ist, ist der Öltransport auch erlaubt.

Statt bei 60 US-Dollar je Barrel lag der Preis für russisches Rohöl in den vier Wochen nach Einführung der Preisobergrenze dennoch bei durchschnittlich etwa 74 Dollar, wie eine gemeinsame Studie der Columbia University, der University of California und des Institute of International Finance ergibt.

Der "überraschende Befund, dass ein erheblicher Anteil des russischen Rohöls weit über der Preisobergrenze von 60 Dollar pro Barrel verkauft wurde, erfordert dringend eine weitere Untersuchung dieser Transaktionen und unterstreicht die Notwendigkeit eines härteren Durchgreifens", appellieren die Forscher. Die Studie basiert auf Daten über Rohölverkäufe in Zollämtern in der ganzen Welt.

Dafür, dass die Öleinnahmen des Kreml entgegen den Erwartungen nicht deutlicher geschrumpft sind, führen sie mehrere Gründe an. Zum einen sei Russland in der Lage gewesen, Rohölexporte aus Europa auf alternative Märkte wie Indien, China und die Türkei - annähernd im gleichen Volumen - umzuleiten, heißt es.

Zum anderen profitiere Russland von deutlichen Preisunterschieden auf dem Ölmarkt, je nachdem, von wo das Öl aus Russland exportiert wird. Laut der Studie wird die ehemals wichtigste russische Rohöl-Sorte Urals von den Drehkreuzen in der Ostsee und im Schwarzen Meer zwar für deutlich weniger als 60 Dollar verkauft. Gleichzeitig erzielt Russland mit Ölexporten von den Häfen im Pazifischen Ozean in Länder wie China dafür aber Preise von durchschnittlich 82 Dollar pro Barrel - also 22 Dollar mehr als die festgelegte Preisobergrenze je Barrel.

Außerdem profitiert Moskau von einer riesigen Schattenflotte aus alten, ausgemusterten Öltankern, die ohne Beteiligung westlicher Firmen das russische Öl transportieren und vertreiben. Die Schiffe sind im Besitz von schwer zurückverfolgbaren Offshore-Firmen. Wie viele es genau sind, ist nicht bekannt. Der Rohstoffriese Trafigura schätzt, es könnten insgesamt 600 sein.

Insgesamt 50 Prozent des russischen Öls werden laut der Studie von Tankern transportiert, die die Sanktionen umgehen. Umgekehrt bedeutet das, dass auch nur die Hälfte der russischen Ölexporte die Preisbeschränkungen zu spüren bekommt - dann, wenn der Transport über westliche Reedereien abgewickelt wird.

Den Studienautoren zufolge muss der Schwerpunkt der künftigen Russland-Politik die Durchsetzung bestehender Sanktionen sein. Das Anfang dieses Monats zusätzlich in Kraft getretene EU-Embargo für russische Raffinerieprodukte wie Diesel und Kerosin wird als zusätzliches Instrument positiv hervorgehoben, um die russischen Export- und Steuereinnahmen zu drosseln. Die Autoren unterstützen zudem die Initiative der "Internationalen Arbeitsgruppe für russische Sanktionen", einer Art Taskforce zur Umsetzung der Maßnahmen gegen Russland, in ihrer Forderung, den russischen Rohölpreis bei 35 Dollar zu deckeln. Einen ähnlich "aggressiven" Ansatz empfehlen sie bei Ölprodukten wie Diesel und Kerosin.

Muss OMV bis 2040 russisches Erdgas beziehen?

Der Gasliefervertrag zwischen der österreichischen OMV und Gazprom, der 2028 auslaufen sollte, wurde 2018 bis zum Jahr 2040 verlängert und die Geschäftsbeziehung der beiden Länder dauerhaft festgeschrieben, berichtet der österreichische Standard. Die Details des Schriftstücks sind nicht öffentlich. Nicht einmal die österreichische Regierung, die bei der Unterzeichnung anwesend war, weiß, was genau vereinbart wurde, zumindest behauptet das Kanzler Karl Nehammer (ÖVP). Die teilstaatliche OMV beruft sich darauf, dass sie an den Vertrag mit Gazprom gebunden sei. Unterliegt der Konzern also einem Knebelvertrag, aus dem kein Ausstieg möglich ist? Trotz stark schwankender Liefermengen aus Russland? Trotz Kriegszustands und weitreichender Sanktionen?

Bekannt ist abgesehen von der Laufdauer des Vertrags bis zum Jahr 2040, dass eine Take-or-Pay-Klausel abgeschlossen wurde. Gazprom liefert, die OMV muss bezahlen, selbst wenn sie das Gas nicht mehr benötigt. Vereinbart wurde eine Menge von fünf Milliarden Kubikmetern pro Jahr, die ein Jahr später auf sechs Milliarden aufgestockt wurde.

Unklar ist vor allem, aus welchen Gründen die OMV aus dem Vertrag aussteigen darf und unter welchen Bedingungen. Selbst die Frage, welches Recht – österreichisches, russisches oder UN-Kaufrecht – im Fall eines Rechtsstreits angewendet werden müsste, ist nicht bekannt. Juristinnen und Juristen, die der Standard kontaktiert hat, sehen – unabhängig davon – dennoch rechtliche Handhabe für die teilstaatliche OMV. Gewisse rechtliche Grundsätze sind sowohl in Russland als auch in Österreich verankert. Dazu zählt unter anderem, dass dauerhafte Lieferverträge aus wichtigen Gründen gekündigt werden können. Dieses Kündigungsrecht ganz auszuschließen wäre nach österreichischem Recht nicht möglich, erklärt Brigitta Lurger, Professorin für internationales Privatrecht an der Universität Graz. Auch das russische Recht lässt eine „völlige Aushebelung des Kündigungsrechts nicht zu“, sagt der auf Russland spezialisierte Berliner Rechtsanwalt Stefan Geisthardt. Einzig Modifikationen dürften möglich sein, etwa die Vereinbarung einer Lösesumme.

Zum vollständigen Beitrag:

[Kommt die OMV aus den Verträgen mit Russland wirklich nicht heraus? - Recht - derStandard.de › Wissen und Gesellschaft](https://www.derstandard.de/wissen-und-gesellschaft/kommt-die-omv-aus-den-vertraegen-mit-russland-wirklich-nicht-heraus-recht)

Gold- und Devisenreserven in Höhe von angeblich 300 Milliarden Dollar, die in Europa und den USA gehalten werden, sowie das Verbot aller Transaktionen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Reserven und Vermögenswerte der Zentralbank sowie von Transaktionen mit juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung der Zentralbank handeln.

Jüngsten Berichten zufolge konnten die EU-Strafverfolgungsbehörden jedoch nur 33,8 Mrd. Euro der in Europa gehaltenen 250 Milliarden Euro ermitteln, die eingefroren wurden. Die restlichen Gelder wurden nicht gefunden und bleiben vermutlich unter russischer Kontrolle, heißt es in diesem Bericht von IntelliNews.

[bne IntelliNews - The EU can't find most of Russia's \\$300bn of frozen reserves](#)

Blockiertes Vermögen in Russland

Ausländische Investoren haben wegen der Sanktionen gegen Russland keinen Zugriff auf russische Vermögenswerte in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar, dies berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg. Bei den Werten handele es sich z. B. um Aktiendividenden, Zinserträge und „alles sonstige“, das westliche Investoren nicht rechtzeitig verkauft hätten. Zu den größten Haltern solcher blockierten Gelder gehören laut dem Bericht die Vermögensverwalter JPMorgan Asset Management und Schroders. Viele der Eigentümer hätten die Mittel insgeheim bereits abgeschrieben, so Bloomberg, manche würden versuchen, über die in Russland sogenannten „freundlichen Länder“ an ihr Vermögen zu gelangen, wobei sie große Einbußen in Kauf nähmen. Bloomberg nennt keine konkreten Summen. Die Zentralbank bezifferte im November allein die auf Konten eingefrorenen Gelder von westlichen Ausländern mit umgerechnet 3,5 Milliarden Euro.

Kritik an polnischen Ölimporten aus Russland

Als sich die EU nur auf ein Ölembargo für den Seeweg einigen konnte, Importe via Pipeline aus Russland aber weiterhin erlaubte, erklärte Polen gemeinsam mit Deutschland, ab dem Jahreswechsel 2022/23 generell auf russisches Öl verzichten zu wollen. Und das Land ist einen weiten Weg gegangen: Erdgas- und Kohleimporte aus Russland wurden eingestellt und die Ölimporte reduziert. Nach aktuellen Berichten, hat es Polen allerdings bislang nicht geschafft, seine Ölimporte aus Russland ganz einzustellen. Aber mit verbleibenden zehn Prozent ist Polen laut polnischen Medienberichten größter verbliebener Käufer von russischem Rohöl in Europa, berichtet Tagesschau.de.

“Das sei nicht anders möglich, da sonst Vertragsstrafen gedroht hätten, erklärte dazu Daniel Obajtek, der Vorsitzende des teilstaatlichen Mineralölkonzerns Orlen, der das russische Öl importiert. Das “Wohl von Orlen und das Wohl der Polen” hinge von dem weiteren Import des Öls ab, erklärt Obajtek. “Stellen Sie sich vor, was es bedeutet hätte,

diesen Vertrag zu kündigen und dann Strafen zu zahlen, sodass das Geld an das Putin-Regime geflossen wäre. Das konnten wir nicht machen."

Die Argumentation von Orlen und der polnischen Regierung war stets, dass die EU die Verantwortung für diese Situation trage: Gäbe es ein EU-Ölembargo, das sich auch auf Pipelinelieferungen erstreckt, dann hätte man eine rechtliche Grundlage, um auch den Liefervertrag über die verbleibende Menge Öl ohne Vertragsstrafen zu kündigen. Doch Energieexperte Jakub Wiech hält dagegen, dass die polnische Regierung selbst diese Grundlage durch ein Gesetz hätte schaffen können, um Orlen die straffreie Vertragskündigung zu ermöglichen.

Tatsächlich ist die Druschba-Pipeline mittlerweile abgedreht worden - allerdings nicht von polnischer, sondern von russischer Seite. Der Grund dafür ist mutmaßlich eine Reaktion auf das jüngste EU-Sanktionspaket und den Polenbesuch des US-Präsidenten. Darauf sei man vorbereitet, sagt Orlen-Chef Obajtek, es werde keinen Mangel geben. Gut sieht es trotzdem nicht aus für die polnische Regierung, kommentiert Energieexperte Jakub Wiech: "Es ist schwierig, dass Russland und nicht Polen entschieden hat, die Erdöllieferungen für den polnischen Markt zu stoppen. Vor allem weil die polnische Regierung schon lange gedroht hatte, die Lieferungen einzustellen, aber die Entscheidung die ganze Zeit nicht getroffen hat, obwohl die deutsche Seite das ja getan hat." Und so wirklich unabhängig von russischem Öl, wie es die polnische Regierung gern hätte, ist das Land trotzdem nicht. Experten weisen darauf hin, dass polnische Tankstellen weiterhin Kraftstoffe aus slowakischen Raffinerien verkaufen. Und die Slowakei importiert weiterhin per Pipeline russisches Erdöl.

[Importe trotz Ukraine-Krieg: Polen und sein russisches Öl | tagesschau.de](#)

Belarus-Sanktionen um ein weiteres Jahr verlängert

Der Europäische Rat hat am 27. Februar beschlossen, die restriktiven Maßnahmen im Zusammenhang mit den Repressionen in Belarus und der Unterstützung des Regimes für den Krieg gegen die Ukraine um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link:

[Belarus: EU prolongs restrictive measures for a year - Consilium \(europa.eu\)](#)

Rockwool unter Verdacht

Die dänische Wirtschaftsbehörde prüft einem Reuters-Berichte zufolge die russlandbezogenen Geschäftsaktivitäten des Dämmstoffherstellers Rockwool im Hinblick auf die EU-Sanktionen gegen Russland. Nach Angaben von Rockwool hat die Behörde das Unternehmen um allgemeine Informationen zu den Eigentumsverhältnissen und zu

potenziell sanktionierten Verkäufen und Verkäufen mit Beteiligung des russischen Militärs gebeten. Die Untersuchung folgt auf einen Bericht des dänischen Medienunternehmens Danwatch vom 24. Februar über die angebliche Lieferung von Rockwool-Produkten an die russische Marine.

[Rockwool investigated by Danish authorities over potential EU sanction breaches | Reuters](#)

Beschlagnahmungen in Frankreich

Französische Behörden haben einem Bericht der Zeitung Le Monde zufolge eine 23 Millionen Euro teure Villa im französischen Saint-Jean-Cap-Ferrat und drei weitere Immobilienobjekte beschlagnahmt, die vermutlich dem von der EU sanktionierten russischen Unternehmer Wiktor Raschnikow gehören. Die Beschlagnahmung soll im Oktober 2022 auf Antrag der Richter des nationalen Gerichts für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität (JUNALCO) der Pariser Staatsanwaltschaft erfolgt sein, nachdem der Verkauf der Villa dem französischen Finanznachrichtendienst (TRACFIN) gemeldet worden war. Der Erlös aus dem Verkauf wurde ebenfalls beschlagnahmt und wird zusammen mit der Villa von der Agentur für die Wiedererlangung und Verwaltung von beschlagnahmten und eingezogenen Vermögenswerten (AGRASC) verwahrt.

[One villa seized and multiple investigations opened: French sanctions against Russian oligarchs begin to bear fruit \(lemonde.fr\)](#)

Serbiens Wirtschaftsminister für Sanktionen gegen Russland

Zum ersten Mal seit dem Beginn des Ukraine-Krieges hat sich ein serbisches Regierungsmitglied öffentlich für die Verhängung von Sanktionen gegen Russland geäußert, dies berichtet die österreichische Nachrichtenagentur APA. Serbien habe bereits einen hohen Preis wegen Nichtverhängung von Sanktionen gegen Moskau bezahlt. Die Situation werde unhaltbar, wurde Wirtschaftsminister Rade Basta von der Belgrader Presseagentur „FONET“ zitiert.

Basta hat gleichzeitig die Regierung der Ministerpräsidentin Ana Brnabic aufgefordert, sich dringend zu Sanktionen gegen Russland zu äußern. Die Aufforderung von Basta erfolgte nur wenige Tage, nachdem Präsident Aleksandar Vucic in der Vorwoche erklärt hatte, dass er „nicht schwören könnte“, dass sich sein Land nicht den Sanktionen gegen Moskau anschließen würde. Belgrad hat dies bisher abgelehnt, wobei es sich auf das internationale Recht berief.

FAQ zu EU-Sanktionen

Die Kommission hat ihre konsolidierten FAQs aktualisiert:

[8-March-2023-EU-Commission-FAQs-Consolidated-compressed.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

Aktuelle EU-Guidelines und FAQ

Alle bisherigen Sanktionspakete in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

FAQ zum zehnten Sanktionspaket:

[Q&A: tenth package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Russland „lädt“ Unternehmen zu Steuerzahlungen ein

Russische Unternehmen mit einem so genannten Übergewinn sollen im Jahr 2023 „freiwillige Abgaben“ an den russischen Haushalt entrichten „dürfen“, berichtete RSP international. Entsprechende notwendige Änderungen im Steuergesetzbuch werden derzeit diskutiert. Diese Initiative der Regierung soll die Unternehmen betreffen, die in den vergangenen beiden Jahren mehr als 1 Milliarden Rubel Gewinn erwirtschaftet haben. Unternehmen aus der Öl- und Gasbranche sollen von diesen zusätzlichen Zahlungen allerdings ausgenommen werden. Es ist geplant, das russische Steuergesetzbuch bezüglich dieser Abgabe zu ändern. Die Berechnungsformel ist noch nicht festgelegt. Eine der Optionen für die Auswahl von Unternehmen, welche „freiwillige“ Einmalzahlung an den russischen Haushalt leisten „dürfen“, ist der Durchschnittswert des Gewinns vor oder nach Steuern. Eine alternative Option für die Abgabe ist der Gewinnzuwachs für 2021-22 im Vergleich zu 2019-20. Damit geht es um die sogenannte „windfall profit tax“ (Übergewinnsteuer) – eine Einmalzahlung auf Übergewinn. Die Regierung versichert, dass die Abgabe auf freiwilliger Basis erfolgen soll. Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme aufgrund des hohen Haushaltsdefizits von fast 3,3 Billionen Rubel (oder 2,3 % des BIP) im Jahr 2022.

[Russland - „Übergewinnsteuer“ \(rsp-i.info\)](#)

RSP International zu Änderungen im russischen Recht – Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen

Russischen Investoren wurde nach Informationen von RSP International teilweise die Freigabe von eingefrorenen Vermögenswerten auf National Settlement Depository (NSD) – Konten bei Euroclear verweigert. Zudem genehmigte die Duma die Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA). Weitere Informationen zu diesen und anderen Themen finden Sie im RSP Blog.

[Blog | rsp-international](#)

Russlands Öl- und Gaseinnahmen sanken laut IEA im Januar um fast 40 Prozent

Russlands Einnahmen aus Öl- und Gasexporten sind im Januar um fast 40 Prozent gesunken. Preisobergrenzen und westliche Sanktionen seien nach Angaben der Internationalen Energieagentur IEA der Grund für die Rückgänge.

Die russischen Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport beliefen sich im Januar auf 18,5 Milliarden Dollar und lagen damit um 38 Prozent unter den 30 Milliarden Dollar, die

Moskau im Januar 2022, einen Monat vor dem Einmarsch in die Ukraine, eingenommen hatte, wie die IEA gegenüber Reuters erklärte.

IEA-Exekutivdirektor Fatih Birol erklärte, die westlichen Maßnahmen gegen die russischen Energieexporte hätten ihr Ziel erreicht, die Ölmärkte zu stabilisieren und Moskaus Einnahmen aus Öl- und Gasexporten zu verringern.

„Wir erwarten, dass dieser Rückgang der Öl- und Gaseinnahmen in den nächsten Monaten noch stärker ausfallen wird. Und mittelfristig wird er aufgrund des fehlenden Zugangs zu Technologie und Investitionen noch stärker ausfallen“, so Birol gegenüber Reuters.

Moskau ist auf die Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor angewiesen - im vergangenen Jahr rund 11,6 Billionen Rubel (154,68 Mrd. USD) -, um seine Haushaltsausgaben zu finanzieren

Birol sagte, dass die EU-Länder im vergangenen Jahr Fortschritte bei der Verbesserung der Energiesicherheit gemacht haben, einschließlich einer raschen Ausweitung der erneuerbaren Energien und Wärmepumpen, um den Bedarf an fossilen Brennstoffen zu verringern. Es bestünden jedoch nach wie vor Risiken, und die Länder müssten ihre Bemühungen um Energieeinsparungen und Versorgungssicherheit fortsetzen. Die Fähigkeit Europas, sich ausreichend mit Gas zu versorgen, könnte durch die steigende Nachfrage Chinas in Frage gestellt werden, oder wenn Russland das Gas, das es noch nach Europa liefert, abstellt.

[Russia's oil and gas revenues fell nearly 40% in Jan, IEA says | Reuters](#)

Energiebranche: Ausländische Unternehmen erleiden erhebliche Verluste

Der Rückzug aus Russland kostet ausländische Öl- und Gaskonzerne 58 Mrd. US-Dollar, berechnete die russische Nachrichtenagentur Interfax. Mit 25,5 Mrd. Dollar hat der britische Ölproduzent BP die größten Abschreibungen auf das Russlandgeschäft getätigt. Die zweithöchsten Verluste erlitt TotalEnergies aus Frankreich mit 14,8 Mrd. Dollar. Die Abschreibungen der deutschen Wintershall Dea beziffert die Staatsagentur mit 7,5 Mrd. Dollar. Es folgen Shell (Großbritannien und Niederlande, 4, Mrd. Dollar), OMV (Österreich, 2,6 Mrd.), Exxon (USA, 2,3 Mrd.) und Equinor (Norwegen, 1,1 Mrd.).

[Иностранные нефтегазовые компании получили почти \\$58 млрд убытков от обесценения активов в РФ \(interfax.ru\)](#)

Ab 1. September Grenzübertritt nur bei Voranmeldung

In- und ausländische Spediteure müssen ab dem 1. September ein Datum und eine Uhrzeit für das Überqueren der russischen Grenze für ihre Fahrzeuge reservieren. Hierzu sind ein kostenloses Buchungsverfahren und eine Liste der Grenzkontrollpunkte festgelegt worden, für die eine solche Buchung erforderlich ist.

Die Maßnahmen, die Russland in den vergangenen Monaten gegen Firmen und Personen aus sogenannten „unfreundlichen Ländern“ ergriffen hat, summieren sich nach Berechnungen der AHK Moskau mittlerweile auf 1.084, davon 172 Föderale Gesetze, 198 Präsidialdekrete und 446 Regierungserlasse.

[Russland - Spediteure: Grenzübertritt nur nach Voranmeldung \(rsp-i.info\)](#)

IDW: Putins Kriegswirtschaft ist teuer

Die Sanktionen des Westens haben die russische Wirtschaft geschwächt, aber nicht in die Knie gezwungen – diesen Schluss zieht das Institut der Deutschen Wirtschaft nach einer Analyse der gängigen ökonomischen Indikatoren. Eine nähere Betrachtung des russischen Staatshaushalts zeige allerdings, dass die finanziellen Spielräume für die Regierung immer enger werden. In seiner Bilanz schreibt das IDW:

“Auch wenn angesichts der in früheren Jahren angehäuften Reserven keine Zahlungsunfähigkeit droht, werden die finanziellen Spielräume für die (russische) Regierung enger. Der bereits erfolgte Verkauf staatlicher Goldreserven ist ein deutliches Indiz für eine Finanzierungslücke.

Dass die russische Wirtschaft massive Probleme hat, spiegelt sich auch im schlechten Geschäftsklima wider – vor allem im Handel, bei Dienstleistern und im Bausektor schlagen die Kaufkraftverluste der Russen sowie die Importbeschränkungen durch. Aufgrund der westlichen Sanktionen verliert Russland zudem technologisch den Anschluss an die globale Wirtschaft.

Die bisherigen Maßnahmen des Westens waren also keineswegs wirkungslos – nun gilt es, den Druck weiter zu erhöhen, um Putins Kriegswirtschaft zu schwächen. Unter anderem sollten die asiatischen Demokratien dazu bewogen werden, sich dem vom Westen verhängten Energieembargo anzuschließen. Wichtig wäre es außerdem, Schlupflöcher zu schließen, mit denen die Sanktionen umgangen werden können. Hier sollte die EU vor allem die Türkei in den Blick nehmen, deren Exporte nach Russland zuletzt auffällig gestiegen sind.”

[Russland: Putins Kriegswirtschaft ist teuer - iwd.de](#)

5. USA

Kampf gegen Sanktionsumgehung

Die US-Behörden haben eine Compliance Note veröffentlicht, in der es darum geht, gegen Drittvermittler vorzugehen, die zur Umgehung von Sanktionen und Ausfuhrkontrollen im Zusammenhang mit Russland eingesetzt werden.

Die Notiz beschreibt:

- Mögliche Umgehungstechniken, einschließlich der Nutzung von „Umschlagplätzen“ und der Verschleierung der Identität russischer Endverbraucher.
- 13 Warnhinweise, die darauf hindeuten, dass ein Drittvermittler an der Umgehung von Sanktionen oder Ausfuhrkontrollen beteiligt sein könnte.
- Bewährte Praktiken in Bezug auf das Umgehungsrisiko, einschließlich Screening und risikobasierte Due Diligence.

[Departments of Justice, Commerce and Treasury Issue Joint Compliance Note on Russia-Related Sanctions Evasion and Export Controls | OPA | Department of Justice](#)

USA erweitern Personensanktionen

Das Office of Foreign Asset Control hat neue Personensanktionen eingeführt und die folgenden Personen neu auf die Liste der Special Designated Nationals gesetzt:

KOZLOV, Ilya Pavlovich (Kyrillisch: КОЗЛОВ, Илья Павлович)

LENSKAYA, Elena Anatolievna (Kyrillisch: ЛЕНСКАЯ, Елена Анатольевна) (auch bekannt als. LENSKAYA, Yelena)

MIKHEEV, Danila Yurievich (Kyrillisch: МИХЕЕВ, Данила Юрьевич) (alias MIKHEYEV, Danila Yuryevich)

MISHCHENKO, Diana Igorevna (kyrillisch: МИЩЕНКО, Диана Игоревна)

SVIRIDENKO, Oleg Mikhailovich (Kyrillisch: СВИРИДЕНКО, Олег Михайлович) (alias. SVIRIDENKO, Oleg Mikhaylovich)

ZADACHIN, Andrei Andrejewitsch (kyrillisch: ЗАДАЧИН, Андрей Андреевич)

[Global Magnitsky Designations; Russia-related Designations | U.S. Department of the Treasury](#)

Verhaftungen wegen Sanktionsumgehung

Am 2. März 2023 verhafteten die US-Behörden Cyril (Kirill) Gregory Buyanovsky und Douglas Robertson unter dem Vorwurf der Umgehung von US-Ausfuhrgesetzen, einschließlich der Verschwörung zur Begehung von Straftaten gegen die USA und der unrechtmäßigen Ausfuhr von kontrollierten Gütern mit Ursprung in den USA nach Russland.

Der Anklageschrift zufolge besaßen und betrieben Buyanovsky und Robertson das in Kansas eingetragene Unternehmen KanRus Trading Company Inc. und erbrachten über dieses Unternehmen Luftfahrtausrüstungen und Reparaturdienstleistungen für Unternehmen, die in Russland und anderen Ländern Flugzeuge russischer Bauart betrieben. Der Vorwurf lautet, dass Buyanovsky und Robertson seit Oktober 2020 wiederholt die wahren Endverwender, den Wert und die Endbestimmungsorte der ausgeführten Waren verschleiert und falsch angegeben haben, indem sie u. a. falsche Ausfuhrdokumente vorlegten, Waren an zwischengeschaltete Unternehmen ausführten und Waren durch Drittländer wie Deutschland, die Vereinigten Arabischen Emirate, Zypern und Armenien umluden.

Nachdem Russland im Februar 2022 mit seinen Aktionen in der Ukraine begonnen hatte, verhängten die USA zusätzliche Beschränkungen für die Ausfuhr von Luftfahrtequipment nach Russland. Obwohl sie wussten, dass für solche Ausfuhren eine Genehmigung des Handelsministeriums erforderlich war, sollen Buyanovsky und Robertson weiterhin Avionikprodukte ohne Genehmigung ausgeführt haben.

[Two U.S. Citizens Arrested for Illegally Exporting Technology to Russia | OPA | Department of Justice](#)

Beschlagnahmung eines Rosneft-Flugzeugs

Das US-Justizministerium hat die Beschlagnahmung eines in den USA hergestellten Flugzeugs vom Typ Boeing 737-7JU im Wert von 25 Millionen US-Dollar bekannt gegeben, das dem russischen Energieunternehmen PJSC Rosneft Oil Company gehört. Das US-Bezirksgericht für den östlichen Bezirk von New York genehmigte die Beschlagnahmung, da ein hinreichender Verdacht bestand, dass das Flugzeug aufgrund von Verstößen gegen den Export Control Reform Act (ECRA) und die US-Sanktionen gegen Russland beschlagnahmt werden sollte.

Der Vorwurf lautet, dass das Flugzeug, seit das BIS im Jahr 2022 zusätzliche Ausfuhrkontrollen und Genehmigungspflichten für die Ausfuhr, Wiederausfuhr oder innerstaatliche Verbringung von in den USA hergestellten Flugzeugen nach/innerhalb Russlands eingeführt hat, Russland mindestens siebenmal ohne die erforderlichen Genehmigungen verlassen hat und wieder dorthin zurückgekehrt ist. Derzeit wird vermutet, dass sich das Luftfahrzeug in Russland befindet oder von dort aus nach Russland fliegt.

6. Sanktionen weiterer Länder

Schweiz

Die Schweizer Staatsanwaltschaft hat Berichten zufolge vier Mitarbeiter der Schweizer Tochtergesellschaft der Gazprombank angeklagt, darunter deren Geschäftsführer Roman Abdulin, im Zusammenhang mit der Eröffnung von Bankkonten in der Schweiz im Namen von Sergei Roldugin, einem Cellisten und Patenonkel der Tochter von Präsident Putin. Die Untersuchung geht auf eine Beschwerde der Schweizer Finanzmarktaufsicht Finma zurück, die durch Informationen aus den Panama Papers 2016 ausgelöst wurde.

Ihnen wird vorgeworfen, strafrechtlich fahrlässig gehandelt zu haben, indem sie die Eröffnung der Konten zuließen, ohne die Herkunft der Gelder zu hinterfragen, und indem sie nur eine minimale Sorgfaltsprüfung durchführten. Aus den Konten soll hervorgegangen sein, dass Roldugin über ein Vermögen von mindestens 50 Millionen US-Dollar verfügte und plante, jährlich mehr als 10 Millionen US-Dollar in die Schweiz zu überweisen; laut Staatsanwaltschaft konnte es sich dabei nicht um sein eigenes Vermögen handeln. Die Bankiers sollen Erklärungen unterschrieben haben, dass Herr Roldugin keine „politisch exponierte Person“ sei, obwohl öffentlich darüber berichtet wurde und sie selbst von seinen Verbindungen zu Präsident Putin wussten.

Großbritannien

Das britische Office of Financial Sanctions Implementation OFSI hat angekündigt, dass es Teach-Ins über das russische Verbot von Öldienstleistungen und die damit verbundenen Ölpreisobergrenzen abhalten wird. Die Veranstaltungen werden auf bestimmte Sektoren zugeschnitten sein, darunter der Öl-, Schifffahrts-, Versicherungs- und Finanzsektor, und werden folgende Themen behandeln

- Bescheinigungs- und Meldeverfahren;
- Anforderungen an die Sorgfaltspflicht; und
- die Vorgehensweise des OFSI bei der Durchsetzung.

Wenn Sie an der Teilnahme an einer dieser Sitzungen interessiert sind, wenden Sie sich bitte an oilpricecap.OFSI@hmtreasury.gov.uk, um weitere Einzelheiten zu erfahren, und geben Sie den Sektor an, der für Sie von Interesse ist.

Das OFSI hat seine Liste der Meldeformulare im Zusammenhang mit dem Verbot russischer Öldienstleistungen und Preisobergrenzen aktualisiert.

Japan

Ausweitung der Russlandsanktionen

Japan hat gestern weitere Strafmaßnahmen gegen Russland verhängt. Betroffen sind 48 Personen und 94 Unternehmen. Auf der Sanktionsliste stehen nun auch der Präsident des Rüstungskonzerns Kalaschnikow, Alan Luschnikow, der russische Vize-Verteidigungsminister Viktor Goremykin, 31 IT-Mitarbeiter des Computerzentrums beim Generalstab der russischen Streitkräfte sowie der Chef der Präsidialverwaltung des russischen Staatsrates, Alexander Charitschew. Tokio hat zudem die Vermögenswerte von 73 Unternehmen eingefroren, darunter die Rosbank, die Swjosdtschka-Werft, die Wimpel-Werft, das Joint Venture Quantum Technologies (JV Kvant), das zur russischen Atomenergieagentur Rosatom gehört. Für weitere 21 Unternehmen gelten Exportbeschränkungen. Auch die nationale Normungsbehörde Rosstandard ist gelistet worden, die Holding Roselektronika des Rostec-Konzerns und die paramilitärische Wagner-Gruppe. Noch im Januar sind mit Geltung ab 3. Februar japanische Exporte von Impfstoffen, medizinischem Gerät und Robotern verboten worden.

[Measures based on the Foreign Exchange and Foreign Trade Act regarding the situation surrounding Ukraine | Ministry of Foreign Affairs of Japan \(mofa.go.jp\)](https://www.mofa.go.jp)

Neuseeland

Ausweitung der Russland-Sanktionen

Auch Neuseeland hat in einer der laut Außenministerin Nanaia Mahuta „größten Sanktionsrunden“ am 24. Februar neue Strafmaßnahmen gegen Russland verhängt. Sie betreffen 87 russische Bürger, darunter vor allem Politiker und Militärs. Zu den Sanktionierten gehören die Vizepremier Alexej Owertschuk, Viktoria Abramtschenko, Tatjana Golikowa und Denis Manturow, die Minister Nikolaj Schulginow, Alexej Tschekunkow, Walerij Falkow, Anton Kotjakow, Alexander Koslow, Sergej Krawtsow, Alexander Kurenkow, Olga Ljubimowa, Oleg Matjutsin und Michail Muraschko sowie 39 Gouverneure, wie der Gouverneur von St. Petersburg Alexander Beglow, desweiteren Ella Pamfilowa, die Leiterin der Zentralen Wahlkommission und weitere Kommissionsmitglieder, Generäle des Verteidigungsministeriums und des Inlandsgeheimdienstes FSB, der Chef des Föderalen Justizvollzugsdienstes Arkadij Gostjew und weitere Vertreter der russischen politischen und militärischen Elite.

[New sanctions also mark one year since Russia's invasion of Ukraine | Beehive.govt.nz](https://www.beehive.govt.nz)

7. Blick über den Tellerrand

Chinas „Friedensplan“

Kann der Krieg Russlands gegen die Ukraine am Verhandlungstisch beendet werden? China hat Ende Februar mit einer Stellungnahme den Versuch gemacht, den Konflikt abzukühlen. Der so genannten „Friedensplan“ traf auf ein geteiltes Echo und wurde hierzulande einerseits scharf abgelehnt, andererseits auch verhalten begrüßt. Machen Sie sich selbst ein Bild:

[China's Position on the Political Settlement of the Ukraine Crisis \(fmprc.gov.cn\)](https://www.fmprc.gov.cn)

8. Termine

16. März 2023: Informationsveranstaltung zum Thema „Wiederaufbau der Ukraine – Möglichkeiten für die bayerische Wirtschaft“, 18:00 - 19:30 Uhr, hybrid, München (Save the Date)

Am 16. März organisieren die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) in einer hybriden Form eine Informationsveranstaltung zum Thema „Wiederaufbau der Ukraine – Möglichkeiten für die bayerische Wirtschaft“ mit dem Fokus auf Herausforderungen und Chancen für deutsche Energieunternehmen bei der aktuellen Energie-Nothilfe und dem Wiederaufbau der Ukraine. Die Einladung wird in den nächsten Tagen an Ost-Ausschuss- und vbw-Mitgliedunternehmen versendet. Weitere Interessenten können sich gerne beim [Service Desk Ukraine](#) melden.

23. März 2023: NRW-Wirtschaftskonferenz „Wiederaufbau der Ukraine“, 13.00 Uhr, Düsseldorf (Save the Date)

Die Konferenz ist eine gemeinsame Veranstaltung des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, NRW.Global Business und IHK NRW. Weitere Partner sind der Ost-Ausschuss und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine). Die Konferenz bietet Interessierten aus Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen in NRW und der Ukraine Gelegenheit zum Wissens- und Meinungsaustausch über die aktuelle Situation sowie über Rahmenbedingungen für die künftige Zusammenarbeit hinsichtlich des Wiederaufbaus der Ukraine. Neben dem Botschafter der Ukraine in Deutschland haben weitere hochrangige Vertreter der Ukraine ihre Teilnahme bereits zugesagt.

23. März: Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft, 10:00 - 11:15 Uhr, online

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die GHA – German Health Alliance laden Sie zur 14. ordentlichen Sitzung des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft am 23. März 2023 (10:00 – 11:15 CET) via Microsoft Teams ein.

Im Rahmen unserer nächsten Sitzung stehen folgende Themen auf der Agenda:

- Wiederaufbau Ukraine/ Nachbereitung des Workshops am 8. Februar 2023;
- Update: Investitionsgarantien für Osteuropa und Zentralasien;
- Produktion und Prozessinnovation in der pharmazeutischen Industrie.

Die Sitzung findet in deutscher Sprache statt, teilweise Input in englischer Sprache. Die Agenda finden Sie bitte [hier](#).

Weiterführende Informationen zur Anmeldung finden Sie unter folgendem [Link](#).

Bei Rückfragen und weiteren Beiträgen zur Agenda wenden Sie sich bitte an [Petva Hristova](#) (OA) und [Alexander Boxler](#) (GHA).

28. März: German-Ukrainian Energy Partnership, 15-19 Uhr

In the framework of the German-Ukrainian Energy Partnership, the event "B2G Dialogue on Energy & Green Recovery in Ukraine" is scheduled to take place in Berlin on March 28, 2023, at 15:30-19:00 CET (tentatively), with the participation of business representatives (e.g. project developers, producers, suppliers, etc.), business associations and financial institutions (banks) from both countries. The official delegation of the Ministry of Energy of Ukraine (MinEnergo) headed by Minister of Energy German Galushchenko and representatives of the Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Action (BMWK) will participate in the event.

The event is organised by the German Energy Agency (dena) in cooperation with the German Eastern Business Association (OA) and the German-Ukrainian Chamber of Industry and Commerce (AHK Ukraine) on behalf of the Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Action (BMWK) and with the support of the Ministry of Energy of Ukraine (MinEnergo).

We invite you to participate in the event as a representative of the German side.

To participate in the event in Berlin on March 28, please register by March 8, 2023 at the following link:

<https://nextcloud.dena.de/index.php/apps/forms/s/SiR655x6StAXknSEKc5JZcxN>

If you have any questions regarding your participation, please don't hesitate to contact Mr Valentyn Bondaruk from the German Energy Agency (dena):

Valentyn.Bondaruk@dena.de

9. Tipps & Links

In der neuen Ausgabe der **Russland-Analysen** ist unter anderem eine Analyse von Putins Rede an die Föderalversammlung vom 23. Februar enthalten:

[RusslandAnalysen433.pdf \(laender-analysen.de\)](#)

In der aktuellen Ausgabe der **Belarus-Analysen** ist unter anderem eine Analyse der Sanktionswirkungen auf die Wirtschaft in Belarus enthalten. Als Folge der Sanktionen und des Umstandes, dass der ukrainische Markt verloren ging, ist die Wirtschaft von Belarus 2022 um 4,7 Prozent geschrumpft, schreibt die Autorin Katerina Bornukova. Dies habe das Land um zehn Jahre zurückgeworfen.

[Belarus-Analysen Nr. 64 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Die aktuelle Ausgabe der **Ukraine-Analysen** thematisiert die Korruptionsbekämpfung im Land:

[Ukraine-Analysen Nr. 280 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Die neue Ausgabe der Zeitschrift **Aus Politik und Zeitgeschichte** der Bundeszentrale für Politische Bildung befasst sich in verschiedenen Beiträgen mit dem Krieg in der Ukraine und seine Folgen für Deutschland. Kostenloses Download:

[Krieg in der Ukraine | bpb.de](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf? blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf? blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf? blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss